

KNUD ANDRESEN / THOMAS GROSSBÖLTING / KIRSTEN HEINSOHN

## Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten

Konturen eines Forschungsfeldes

Wer zur Jahresmitte 2023 die Entwicklung von politischem Denken und parteipolitischen Strukturen extremer Rechter in Deutschland beobachtete, hatte Anlass zur Sorge: Im Sommer 2023 gewannen erstmals Vertreter der »Alternative für Deutschland« (AfD) kommunale Spitzenämter. Im thüringischen Landkreis Sonneberg stellten die Rechtspopulisten den Landrat, im sachsen-anhaltischen Raguhn-Jeßnitz den hauptamtlichen Bürgermeister. Sowohl strukturell wie auch inhaltlich radikalisierte sich die AfD immer stärker, was sich unter anderem darin zeigte, dass die verschiedenen Sicherheitsbehörden zunehmend aktiv wurden: In Thüringen wird die AfD vom Landesverfassungsschutzamt beobachtet und als rechtsextreme Gruppe eingeschätzt, in Sachsen-Anhalt gilt die Partei als Verdachtsfall. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die gesamte Partei bereits 2022 als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft. Wahlumfragen hingegen zeigten die Partei im Aufwind: »Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?« – in den Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute reichten die Ergebnisse bis an die Zustimmungswerte der ehemaligen Volksparteien heran. Zugleich aber lehnte laut Zahlen der Demoskopien eine Mehrheit der Bundesbürger:innen eine Regierungsbeteiligung der AfD ab.<sup>1</sup> Wie lassen sich diese gegensätzlichen Positionen erklären? Oder sind es womöglich gar keine Gegensätze, sondern Abbildungen von unterschiedlichen Interessen – angekündigtes Protestwahlverhalten von »Wutbürgern« einerseits, Interesse der Mehrheit an stabilen Regierungen andererseits?

Erneut entbrannte die Debatte um den Umgang mit AfD-Vertreter:innen in Parlamenten und ihren Wähler:innen.<sup>2</sup> Dabei wurden und werden durchaus widersprüchliche Forderungen in Politik und Medienöffentlichkeit verhandelt: Ist eine »Brandmauer«, sprich: eine möglichst rigorose Abgrenzung gegen AfD-Politiker:innen der Erfolg versprechende Weg? Wenn ja, wie lässt sich dieses Konzept auf den verschiedenen Ebenen des politischen Geschäfts praktizieren? Und: Wie umgehen mit den kleinen, aber nicht unerheblichen Teilen der Gesellschaft, die die AfD wählen oder sich ihren Positionen verbunden fühlen? »Die Menschen« sollten mehr »mitgenommen werden« von »der Politik«, fordern die einen, »klare Kante gegen rechts« – auch hinsichtlich der von Rechtsextremen gepflegten Aufregertemen wie Migration, Gendern, Klimaschutz – die anderen. Rechtsextreme Äußerungen nicht einfach zu akzeptieren, sondern sprachlich und politisch dagegenzuhalten, ist hierbei eine Forderung, die nicht allein an die politischen Repräsentant:innen gestellt, sondern als zivilgesellschaftliche Aufgabe definiert wird.

Wie diese Beobachtungen zu deuten sind, ist sowohl in den Feuilletons wie auch in den wissenschaftlichen Debatten umstritten: Politisch wurden die jüngsten Ent-

1 Vgl. »Mehrheit lehnt künftige Regierungsbeteiligung der AfD ab«, in: Die ZEIT online, 4.8.2023, URL: <<https://www.zeit.de/news/2023-08/04/mehrheit-lehnt-kuenftige-regierungsbeteiligung-der-afd-ab>> [8.8.2023].

2 Ist die »Brandmauer gegen rechts« gescheitert?, Tagesschau, 26.6.2023.

wicklungen und insbesondere das Einrücken von AfD-Politiker:innen in kommunale Spitzenämter sogar als »Dammbruch« mit schwer steuerbaren Folgen eingeordnet, die an die politische Polarisierung in den USA erinnerten.<sup>3</sup> Aus soziologischer Perspektive wurde diese Metapher zurückgewiesen: Es seien mittel- und langfristig wirkende soziale Verschiebungen und vor allem Erfahrungen mangelnder Anerkennung und Abwertung, so der Soziologe Klaus Dörre. Insbesondere in den östlichen Bundesländern »fühlen sich viele gleich dreifach abgewertet: als Arbeiter, als Ossi, als Mann«. <sup>4</sup> Einschneidende Veränderungen in der politischen Kultur seien bereits früher erfolgt, als nämlich die AfD die »kulturelle Hegemonie in weiten Teilen des ländlichen Ostens errungen« habe. Dabei seien extrem rechte Ansichten kein »Alleinstellungsmerkmal des Ostens«, sondern in der ganzen Bundesrepublik zu finden. Nur der gesellschaftliche Resonanzraum für diese Ansichten sei offener, nicht zuletzt, weil Wirtschafts- und Energiepreisentwicklungen in bestimmten Regionen weitreichende Transformationen mit sich bringen, aus denen Ängste vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und Lebensqualität entstehen. Auch sei die strukturelle Lohnungleichheit zwischen Regionen ein wichtiger Faktor, um rechtspopulistische Einstellungen erklären zu können. Zwar sei in den Betrieben, den Gewerkschaften und auch den Unternehmensführungen noch klar eine Abwehr extrem rechter Meinungen zu erkennen, doch sei dies keine Garantie, dass Rechtspopulismus im Privaten und in der Gesellschaft nicht weiter anwachse.

Vergleicht man das Agieren der extremen Rechten in der Bundesrepublik mit entsprechenden Entwicklungen in den europäischen Nachbarländern, dann gewinnen viele der oben beschriebenen Phänomene auf erschreckende Weise Normalität: In zahlreichen europäischen Nationalstaaten haben die extreme Rechte und ihr rechtspopulistisches Umfeld in den vergangenen Jahren Erfolge für sich verbuchen können: Schweden, Finnland, Slowakei, Griechenland, Österreich, auch in Spanien und Frankreich sind rechte Parteien und ihr Umfeld auf dem Vormarsch. Nicht nur in Ungarn regieren Viktor Orbán und seine rechtsnationale Fidesz-Partei seit 2014 mit dem Konzept der »illiberalen Demokratie«, sondern auch in Italien ist seit 2022 mit Giorgia Meloni eine Ministerpräsidentin in der Verantwortung, deren Partei »Fratelli d'Italia« im Faschismus Mussolinis verwurzelt ist. Diskussionen um mögliche »Brandmauern« sind in den europäischen Nachbarstaaten unter anderen Begrifflichkeiten geführt und mit unterschiedlichen Ergebnissen politisch praktiziert worden – von einer seit 1992 betriebenen und bislang durchgehaltenen strikten Abgrenzung gegen den »Vlaams Blok« im flämischen Teil Belgiens bis hin zu wahltaktisch motivierten Koalitionssondierungen der spanischen konservativen Volkspartei »Partido Popular« gegenüber den Rechtspopulisten der Vox-Partei.<sup>5</sup>

Die verschiedenen Erklärungsansätze für den Erfolg der AfD in Deutschland, aber auch für den Aufstieg und die Etablierung rechtspopulistischer Parteien in Europa argumentieren oftmals eindimensional, vor allem aktualistisch, und wirken

3 Kretschmer über das AfD-Hoch: »In diesem Land gerät etwas ins Rutschen«, in: Der Tagesspiegel, 3.7.2023.

4 Interview von Florian Diekmann mit Klaus Dörre, in: Der SPIEGEL, 4.7.2023. Ähnlich argumentiert Wilhelm Heitmeyer: »Verkürzt und naiv, das einfach als Protestwahl zu verharmlosen«, in: Süddeutsche Zeitung, 9.7.2023.

5 Quo vadis, Europa? Tanz um ein Tabu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.8.2023, S. 3.

daher eigentümlich kurzatmig. Gerade deswegen verweisen sie aber auf das Potenzial einer gesellschaftshistorischen Analyse. Monokausale Erklärungen sind offensichtlich nicht geeignet, die rechtspopulistischen und/oder rechtsextremen Tendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft verstehen zu können. Auch ist es historisch nicht neu, dass es diese Tendenzen gibt – vielmehr haben sich die politischen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus sowie die Regeln des Diskurses in den Jahrzehnten seit 1945 gewandelt, wie Untersuchungen zu den »neuen Rechten« belegen.<sup>6</sup> An diesem Punkt setzt der aktuelle Band des Archivs für Sozialgeschichte an: Wir plädieren für eine Gesellschaftsgeschichte des Rechtsextremismus, weil mit dieser sozial-, politik- und kulturwissenschaftlich unterfütterten Perspektive die vielfältigen Faktoren, die zum Aufkommen und zum Abflauen rechtsextremer Tendenzen und Phänomene führen, sichtbar werden. Eine Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten sollte die historisch differenten Erscheinungsformen dieses politischen Feldes ebenso analysieren wie den Wandel seiner sozialen Basis. Eine Gesellschaftsgeschichte berücksichtigt die soziokulturelle Einbettung der extremen Rechten ebenso wie Begriffs- und Diskursverschiebungen im Wandel der Zeit und sie untersucht ökonomische Transformationen und Strukturbrüche ebenso als Ursache für Aufschwünge und Niedergänge des Rechtspopulismus wie damit verbundene Erfahrungen von Ausgrenzungen und Abwertungen.

Im Sinne einer pluralen Geschichtswissenschaft erscheint es zudem notwendig, die Geschichte der extremen Rechten nicht allein wissenschaftlichen Expert:innen zu überlassen, sondern die Perspektive derjenigen einzubeziehen, die von Rechtsextremen bedroht und angegriffen werden, sowie derjenigen, die sich für den Schutz dieser Menschen einsetzen. Gerade dieses Wissen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen: Es waren die von rechter Gewalt Betroffenen und ihre Unterstützer:innen, die zentrale Informationen und Erkenntnisse über rechte Netzwerke und deren Gewaltbereitschaft gesammelt haben und die erst nach zu vielen Gewalt- und Tötungsdelikten Gehör fanden.<sup>7</sup> Vojin Saša Vukadinović stellt im vorliegenden Band dazu Analysen des Rassismus sowie rechtsextremer Einstellungen vor, die schon zu Beginn der 1980er-Jahre erschienen sind und die aus der Feder von Wissenschaftlern stammten, die nicht in Deutschland geboren worden waren. Haris Katsoulis, Badi Panahi und Georgios Tsiakolos untersuchten Alltagsrassismus in Deutschland und stellten damit – so Vukadinović – bereits früh weiterführende Erkenntnisse zum »rassistischen Wissen« in der bundesdeutschen Gesellschaft zur Verfügung, die allerdings nicht rezipiert worden seien. Aus einer gesellschaftshistorischen Sicht sind diese Bücher und ihre nicht erfolgte Rezeption unter anderem (aber nicht nur) als Indikatoren für die mangelnde Anerkennung der Perspektive

6 Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017; Gideon Botsch, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute*, Darmstadt 2012; Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden 2017.

7 Auf der Autor:innentagung des AfS im Herbst 2022 haben Ulli Jentsch vom »Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.« und Judith Porath für die Gruppe »Opferperspektive e.V.« diese Perspektiven und die aktuellen Herausforderungen, vor denen diese Initiativen stehen, eingebracht. Vgl. auch Opferperspektive e.V. (Hrsg.), *Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren*, Münster 2015 (zuerst 2013).

von »Betroffenen« von Interesse.<sup>8</sup> Hier wiederholt sich offenbar der lange Kampf um Anerkennung von Wissen und Erfahrungen, den auch schon Wissenschaftler:innen ausgefochten haben, die aus jüdischer Perspektive auf die Zeit des Nationalsozialismus und die Shoah blickten.<sup>9</sup> Inzwischen, mit dem nachhaltigen Wandel der Erinnerungskultur in Deutschland seit den 1980er-Jahren, gilt die Berücksichtigung der Erfahrungen von Opfern von Verfolgung als unabdingbar für eine angemessene zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte und auch in der Geschichtswissenschaft sind die Werke von Raul Hilberg oder Saul Friedländer mittlerweile Standard. Aber noch vor wenigen Jahren mussten Forscherinnen wie Maria Alexopoulou daran erinnern, dass die wissenschaftliche Zeitgeschichte die Entwicklung des Rassismus in Deutschland nach 1945 nicht im Blick hatte: Wo Minderheiten kontinuierlich Erfahrungen von rassistischer Diskriminierung und Gewalt machten, da gab es dennoch deutliche Zäsuren in der Wahrnehmung dieser Erfahrungen in der bundesdeutschen »Mehrheitsgesellschaft«.<sup>10</sup>

Die Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten in Deutschland seit 1945 zu erforschen, beinhaltet allerdings mehr als eine notwendige Rassismusforschung. Ebenso unabdingbar sind sozial- und politikhistorische Analysen der sozialen Basis extrem rechter Gruppen, kulturhistorische Untersuchungen von Praktiken rechts-extremer Gewalt oder sozialwissenschaftliche Daten zu ökonomischen Trends und ihren Folgen – eine Gesellschaftsgeschichte muss bewusst multiperspektivisch arbeiten und dabei eine Vielfalt von gesellschaftlichen Prozessen und Erscheinungen in den Vordergrund stellen. Soziologische und politikwissenschaftliche Untersuchungen des Phänomens extreme Rechte aus den vergangenen Jahrzehnten sind dabei eher Quellen als Forschungsgrundlage, insofern diese das jeweils zeitgenössisch vorhandene gesellschaftliche Wissen (oder auch: Nicht-Wissen) und entsprechende Deutungen präsentieren.

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland wurde aus geschichtswissenschaftlicher Sicht lange Zeit nur wenig beleuchtet. Eingängige Erzählungen über die Erfolgsgeschichte einer »geglückten Demokratie«<sup>11</sup> legten nahe, dass das rechtsextreme Milieu eher eine vernachlässigbare Erscheinung war, eher ein Andauern nazistischer Restbestände in einem politisch und gesellschaftlich isolierten Milieu als eine ernsthafte Bedrohung der bundesrepublikanischen politischen Kultur. Insbesondere bei der Frage nach Kontinuitäten von Führungsgruppen galt die Integration ehemaliger Nationalsozialisten als »Belastungs-

8 Vgl. den Beitrag von Vojin Saša Vukadinović in diesem Band.

9 Ein »Höhepunkt« dieser Anerkennungsdebatte war sicherlich: *Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die »Historisierung des Nationalsozialismus«*. Ein Briefwechsel, in: VfZ 36, 1988, S. 339–372.

10 *Maria Alexopoulou, Blinde Flecken innerhalb der zeithistorischen Forschung in Deutschland. Eine Antwort auf Martin Sabrows Kommentar »Höcke und Wir«*, in: *Zeitgeschichte-online*, Februar 2017, URL: <<https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/blinde-flecken-innerhalb-der-zeithistorischen-forschung-deutschland>> [11.7.2023]; *dies.*, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: Afs 56, 2016, S. 463–484. Allein in den Jahren 1990 bis 2017 wurden 183 Menschen durch rechte Gewalt in Deutschland getötet, Angabe nach URL: <<https://opfer-rechter-gewalt.de/home/>> [11.7.2023].

11 *Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Bonn 2007.

geschichte«<sup>12</sup> (Axel Schildt) mit schlechtem Beigeschmack und wurde gleichwohl als Erfolg gewertet – das rechtsextreme Milieu wurde zunehmend an den gesellschaftlichen Rand gedrängt, eine zu große Nähe war für eine berufliche, gesellschaftliche oder politische Karriere zunehmend hinderlich. Gideon Botsch hat 2012 jedoch darauf hingewiesen, dass die Isolierung der »nationalen Opposition«, wie er die Gruppen nannte, häufig anlassbezogen und diskontinuierlich verlief. Er forderte für zukünftige Forschungen, die extreme Rechte zeitgeschichtlich nicht als Ausnahmeerscheinung, sondern als Teil der »politischen Kultur« zu analysieren.<sup>13</sup>

Bisher waren allerdings eher die Politik- und die Sozialwissenschaft Hochburgen der Forschungen zur extremen Rechten, während sich die Geschichtswissenschaft zurückhielt.<sup>14</sup> In den vergangenen Jahren ist hier eine deutliche Umkehr zu beobachten, die sicherlich befeuert wurde durch die Aufdeckung der Mordserie des NSU, den Aufstieg der AfD und einen weltweiten Trend zu autoritären und rechtspopulistischen Politiken. Hierbei ist aus zeitgeschichtlicher Sicht wichtig zu fragen, ob sich hier Neues zeigt oder Altes wiederbelebt wird: Der Historikertag 2018 in Münster markierte für die historische Zunft diesen Wechsel anschaulich. In Panels und Keynotes wurde die lange Abstinenz der deutschen Zeitgeschichtsforschung zu Fragen nach Rassismus und Rechtsextremismus festgestellt und beklagt. Kurz darauf erschien mit »Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus«<sup>15</sup> eine erste geschichtswissenschaftliche Bestandsaufnahme. Mit dem Kooperationsprojekt »Die Radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000« des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung wie auch dem an der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH) gestarteten Vorhaben »Hamburg rechtsaußen. Rechtsextreme Gewalt- und Aktionsformen in, mit und gegen städtische Gesellschaft 1945 bis Anfang der 2000er Jahre« ist ein größerer Forschungsschub zu erwarten.<sup>16</sup>

Noch ist das Feld jedoch geschichtswissenschaftlich offen und wenig vermessen; eine Vielzahl unterschiedlicher Fragen ist zu berücksichtigen: Ist eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen auch eine Nachgeschichte des Nationalsozialismus, wie die vielen Behörden- und Parlamentsforschungen zu ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zumindest nahelegen? Oder verstellt die obsessive Besessenheit der extremen Rechten mit der NS-Geschichte der Forschung eher Erkenntniszugän-

12 Axel Schildt, Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, 1999, S. 1234–1244, wiederabgedr. in: Frank Bajohr/Anselm Doering-Manteuffel/Claudia Kemper u. a. (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 15–26.

13 Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 140.

14 Frühe Arbeiten dazu stammen von Lutz Niethammer, Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt am Main 1969, und Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsradikalismus. Randerscheinung oder Renaissance?, Frankfurt am Main 1980 (akt. Neuausgabe unter dem Titel: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt am Main 1989 und 1992).

15 Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina/Maik Tändler, Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019.

16 Vgl. URL: <<https://projekt.radikale-rechte.de/>> [19.7.2023], sowie URL: <<https://zeitgeschichte-hamburg.de/hamrea-hamburg-rechtsaussen-rechtsextreme-gewalt-und-aktionsformen-in-mit-und-gegen-staedtische-gesellschaft-1945-bis-anfang-der-2000er-jahre.html>> [3.8.2023].

ge, die sich vor allem an aktuellen gesellschaftlichen Spannungen orientieren? Geht es eher um eine Geschichte des Politischen im engeren Sinn oder versprechen kultur- und mentalitätshistorische Ansätze mehr Gewinn? Ist es sinnvoll, sich auf die Organisationen zu konzentrieren oder doch mehr auf rechtsextreme, rassistische und autoritäre Einstellungen, die auch in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen wirken?<sup>17</sup> Bereits aus diesen wenigen Spannungsfeldern wird deutlich, dass für eine Gesellschaftsgeschichte die Konzentration auf Organisationen und das rechte Milieu ebenso wenig ausreichend wäre wie eine ins scheinbar Unendliche reichende Untersuchung von Einstellungen, Äußerungen oder erinnerungspolitischen Einstellungen in der gesamten Gesellschaft.

Einen neueren Versuch zur Strukturierung beziehungsweise Historisierung des Phänomens unternehmen Laura Haßler und Dominik Rigoll in ihrem Forschungsbericht.<sup>18</sup> In ihrem ersten Teil aus dem Jahr 2021 präsentierten sie »Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten« mit einem Fokus auf Ansätze zur Erforschung des Feldes sowie Studien zu Akteur:innen und Praktiken von der Weimarer Republik bis etwa 1990. Ihr strukturierender Zugriff geht von einer Relektüre und Neubelebung der kritischen Nationalismusforschung aus, da im Bezug auf die Nation als Letztbegründung des politischen Handelns das gemeinsame Element aller rechten, rechtspopulistischen und auch rechtsextremen Bewegungen gesehen wird. Damit wäre zugleich die Frage eröffnet, wie sich Nationalismus, nationale Bewegungen und nationalistische Politik nach 1945 in Deutschland entwickelt haben – offensichtlich waren diese nicht mit der Kapitulation 1945 verschwunden. Aber wo und wie tauchten diese wieder auf, gründeten sich neu oder passten sich an veränderte Zeitumstände an?

Im zweiten Teil ihres Überblicksartikels im vorliegenden Band steht am Anfang die Frage nach dem Zusammenhang von Rassismus und rechten Bewegungen, bevor Studien vorgestellt werden, die die Historisierung des deutschen Nationalismus seit 1945 in den Blick nehmen, darunter Untersuchungen zur National-Demokratischen Partei in der DDR und zur NPD in der Bundesrepublik, zu einzelnen Personen aus der rechten Szene oder zur internationalen Vernetzung der Rechten, außerdem der Gewaltgeschichte. Abschließend werden gegenwartsnahe Analysen aus den Sozial- und Politikwissenschaften auf ihre Erkenntnisse für eine Historisierung rechtsextremer Bewegungen befragt. Einen zentralen Vorteil ihres Nationalismus-historischen Zugriffs sehen die beiden Autor:innen vor allem darin, inter- und transnationale Vergleiche ähnlicher Phänomene zu ermöglichen, auch über Epochenbrüche hinweg. Dies ist allerdings noch eine große Forschungslücke. Dennoch zeigt der Forschungsbericht eindrucklich, dass es schon wichtige Bausteine zur Geschichte der extremen Rechten in Deutschland nach 1945 gibt, diese Studien aber vor allem dann ertragreich sind, wenn sie mit einer aktualisierten Frage nach Anpassung und Nutzung des Nationalismus als gemeinsamer Integrationsformel der extremen Rechten konfrontiert werden.<sup>19</sup>

17 Wolfgang Schroeder/Samuel Greeff/Jennifer Ten Elsen u. a., Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland, Frankfurt am Main/New York 2022.

18 Dominik Rigoll/Laura Haßler, Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten. Teil 1: Ansätze und Akteur\*innen, in: AfS 61, 2021, S. 569–611.

19 Vgl. den Beitrag von Dominik Rigoll und Laura Haßler in diesem Band.

## I. Worüber zu sprechen ist – Begrifflichkeiten

Janosch Steuerer beschreibt in diesem Band, wie eine demoskopische Studie aus dem Jahr 1981 unter dem Label »Rechtsextremismus-Studie« für öffentliche Aufmerksamkeit sorgte und lange Zeit den gesellschaftlichen Diskurs prägte. Er verdeutlicht die sozialwissenschaftliche Methodik, Kriterien für einen Fragenkatalog unter anderem aus explorativen Tiefeninterviews mit Angehörigen der extremen Rechten selbst zu gewinnen und diese dann anschließend – in enger Absprache mit den Auftraggebern aus dem Kanzleramt – zu »Statementgruppen« zu verdichten, die rund 7.000 erwachsenen Westdeutschen zur Beantwortung vorgelegt wurden. Damit war ein Raster vorgegeben, das helfen sollte, ein »rechtsextremes Weltbild« nachzuweisen und dessen Verteilung in der Bevölkerung statistisch zu errechnen. Die Studie, ihre Methodik und die Debatte um die Bewertung ihrer Ergebnisse stehen damit an einem wichtigen Wendepunkt in der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Westdeutschland: Es galt, rechtsextreme Meinungen und Weltbilder in allen gesellschaftlichen Bereichen zu untersuchen, hatte sich doch der Blick allein auf Wahlerfolge von rechtsextremen Parteien wie der NPD als zu verkürzt, ja oftmals als am eigentlichen Problem vorbeisehend erwiesen. Diese Neuausrichtung in Wissenschaft und Politik hatte viel mit den Transformationen des rechtsextremen Milieus seit den 1970er-Jahren selbst zu tun, war aber auch eine Reaktion auf die schlichte Feststellung, dass rechtsextremes Denken in weiten Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft verankert war – ausdrücklich kein neues Phänomen, wie auch Janosch Steuerer meint, sondern eher eine neue Aufmerksamkeit für diese oft versteckt ausgedrückten Meinungen. Zugleich prägte die Studie die wissenschaftliche Debatte nachhaltig, indem sie den unscharfen Terminus »rechtsextremes Weltbild« einführte.<sup>20</sup>

Nach wie vor sind aber die Begriffe für das Phänomen vielfältig. Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rechtsradikalismus, Neo-Nazismus, Neue Rechte und Radikalar-nationalismus tauchen in vielen Variationen auf, und es ist nicht immer einfach, auf den ersten Blick trennscharf die Unterschiede zu erkennen. In fast allen (wissenschaftlichen) Arbeiten wird versucht, den Gegenstand zu definieren und abzugrenzen. Seit den 1970er-Jahren hat sich in der (bundes-)deutschen Forschung »Rechtsextremismus« als Sammelbegriff etabliert, mit dem die vielen verschiedenen Gruppierungen und Szenen beschrieben werden, häufig auch als »rechtsextremes Milieu« mit lebensweltlichen Zusammenhängen. Dieses Milieu ist fluide, mit Verbindungen zu konservativen und anderen nationalen Strömungen und häufiger auch an Lebensalter und Herkunftsorte gebunden.<sup>21</sup> Eine rein an programmatischen (Selbst-)Aussagen gebildete Definition scheint angesichts des häufig unbe-

<sup>20</sup> Vgl. den Beitrag von Janosch Steuerer in diesem Band.

<sup>21</sup> Das zeigen die biografisch gefärbten Rückblicke auf die Jugend in den 1990er-Jahren in den neuen Bundesländern. *Daniel Schulz*, *Wir waren wie Brüder*, Berlin 2022; *Manja Präkels*, *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß*, Berlin 2017, sowie Debatten um »akzeptierende Jugendarbeit« als Reaktion auf rechte Gewalt in den 1990er-Jahren. Vgl. *Lucia Bruns*, *Jung, männlich, ostdeutsch, gewalttätig? Die Debatte um Jugendarbeit und rechte Gewalt seit den 1990er Jahren*, in: *APuZ* 72, 2022, H. 49–50, S. 39–45; *Martin Langebach*, *Rechtsextremismus und Jugend*, in: *Virchow/Langebach/Häusler*, *Handbuch Rechtsextremismus*, S. 375–439.

stimmten Zusammenhanges, unorganisierten Einzeltätern und der dynamischen Entwicklung schwierig, auch weil sich einzelne Gruppen untereinander scharf bekämpften. Der Aufstieg des Rechtspopulismus seit den 1990er-Jahren erfordert zudem neue Erklärungsansätze. Massimiliano Livi zeigt in diesem Band das Verwachsen rechtskonservativer und nationalistischer Politiken anhand der italienischen Entwicklung, als mit Silvio Berlusconi ein Erbe des kollabierenden alten Partei-spektrums antrat, der mit einer vermeintlichen Anti-Politik die extreme Rechte aus ihrer politischen Isolation holte und bis in die Regierungsverantwortung führte.<sup>22</sup> In Deutschland markiert, neben lokalen Besonderheiten wie dem Erfolg der Schill-Partei in Hamburg 2001, besonders der Aufstieg der AfD seit 2013 die Sogwirkung, die ein Rechtspopulismus gerade auch für extrem rechte Organisationen und Strömungen hat.

Seit den 1970er-Jahren setzte sich »Rechtsextremismus« als Begriff vor allem von staatlichen und offiziellen Stellen als politischer Differenzbegriff durch und verdrängte sukzessive den vorher verbreiteten Begriff »Rechtsradikalismus«.<sup>23</sup> Staatliche Einrichtungen zielten damit auf Strömungen, die das repräsentativ-parlamentarische System ablehnen und nach autoritärer Ordnung in einer ethnisch homogenen Nation streben, daher im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP) 1952 verfassungsfeindlich sind.

In den Sozialwissenschaften etablierte sich in den Folgejahren »Rechtsextremismus« als zentraler forschungsleitender Begriff, wenn auch mit analytischen Nuancierungen, häufig als Rechtsextremismus-Forschung verstanden und nicht im Sinne einer Extremismus-Theorie. Richard Stöss definierte Ende der 1980er-Jahre den Begriff als »Demokratiefeindschaft« im Wesenskern und setzte ihn vom eher als Kampfbegriff verwendeten »Faschismus« ab, aber auch von einer Gleichsetzung mit linken Theorien, da die Ziele grundsätzlich unterschiedlich seien.<sup>24</sup> Der Politologe Hans-Gerd Jaschke charakterisierte Rechtsextremismus als

»die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen.«<sup>25</sup>

Der Begriff konkurriert weiterhin mit einer Vielzahl von anderen, in der politischen Auseinandersetzung wie der sozialwissenschaftlichen Forschungsdebatte genutzten

22 Vgl. den Beitrag von Massimiliano Livi in diesem Band.

23 Fabian Virchow, Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen, in: *ders./Langebach/Häusler*, Handbuch Rechtsextremismus, S. 5–41, hier: S. 14.

24 Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18.

25 Hans-Gerd Jaschke (Hrsg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden 2001, S. 30.



Bezeichnungen.<sup>26</sup> Als sozialwissenschaftlicher Analysebegriff hat er sich in der Forschung etabliert, wenn auch eher aus pragmatischen denn inhaltlichen Gründen: Einzelne Elemente, wie rassistische, antisemitische oder antiziganistische Einstellungen finden sich gewiss nicht nur im extrem rechten Milieu, sondern weit darüber hinaus. Der Politologe Samuel Salzborn unterscheidet im Rückgriff auf den Politikwissenschaftler Richard Stöss zwischen rechtsextremem Weltbild und rechtsextremen Einstellungen und nennt eine Vielzahl von Merkmalen, die auf rechtsextreme Einstellungen verweisen können.<sup>27</sup> Da die sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung seit den 1980er-Jahren verstärkt den Blick auf Einstellungen in der Gesellschaft richtete, die über das extrem rechte Milieu hinausgingen, waren es auch Erklärungsansätze für zeitweilige Wahlerfolge.

Aber allzu normative Definitionen erschweren das historiografische Arbeiten. Die Unterscheidung zwischen Weltbild und Einstellungen nützt möglicherweise wenig, wenn die Vergangenheitspolitik der 1950er-Jahre pauschal als rechtsextrem charakterisiert werden würde, trotz der erschütternd breiten Unterstützung für die angeblich »Kriegsverurteilten« und die Integration der NS-Belasteten.<sup>28</sup> Vielmehr sollte genauer auf Sagbarkeitsregeln und Wertvorstellungen, die beide dem gesellschaftlichen Wandel unterliegen, geschaut werden. Um bei dem Beispiel der 1950er-Jahre zu bleiben: Organisierte extrem rechte Parteien gerieten zunehmend in politische Isolation, während viele ihrer Themen weiterhin Zuspruch in der Bevölkerung und Politik fanden.<sup>29</sup> Extrem rechte Einstellungen waren also im gesellschaftlichen Raum vorhanden, unterlagen aber parteipolitisch immer stärker dem Verdikt des Unsagbaren. Aus einer gesellschaftshistorischen Perspektive wird zudem immer gefragt werden müssen, wie die analytischen Begriffe der Sozial- und Geisteswissenschaften aus dem jeweiligen zeithistorischen Kontext heraus zu erklären sind.

In der Forschung hat ein normativ verwendeter Begriff des Rechtsextremismus daher zu Recht Widerspruch hervorgerufen, insbesondere wenn damit Vorstellungen von extremen Rändern gegenüber einer demokratisch verfassten Mitte gemeint waren.<sup>30</sup> Gideon Botsch hat darauf hingewiesen, dass in der internationalen politikwissenschaftlichen Forschung eher von einer extremen Rechten beziehungsweise

26 Markus Birzer, Rechtsextremismus – Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996; Alexander Häusler/Michael Fehrenschild, Faschismus in Geschichte und Gegenwart. Ein vergleichender Überblick zur Tauglichkeit eines umstrittenen Begriffs, Berlin 2020.

27 Dazu zählt er: Völkisches Denken, Biologismus/Kulturalismus, Rassismus, Autoritarismus, Homogenitätsdenken, Elitismus, Sexismus, Antisemitismus, Antiamerikanismus, Geschichtsrevisionismus, Militarismus, Antirationalismus. Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2020 (zuerst 2014), S. 20–28. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010 (zuerst 2005).

28 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012.

29 So das Werben um die Veteranenverbände der Waffen-SS durch SPD- und CDU-Politiker. Vgl. Karsten Wilke, Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn/München etc. 2011, insb. S. 328–349.

30 Als Überblick zur Forschungsgeschichte und der Kritik Virchow, Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen, insb. S. 13–18.

von »radical rights« gesprochen wird.<sup>31</sup> Dies erklärt er mit der Verschiebung des Forschungsinteresses von der »Nachfrageseite« mit ihrem Fokus auf Wahlverhalten und politischen Gelegenheitsstrukturen hin zur »Angebotsseite« mit einem akteurszentrierten Ansatz. Die extreme Rechte wird von ihm als ein kollektiver politischer Akteur verstanden, der mit dem Eigenbegriff »nationale Opposition« oder »nationales Lager« erfasst wird. Dieser Begriff beruht also auf dem Selbstverständnis der extremen Rechten, mit ihrem Nationalismus eine autoritäre und ethnisch homogene Gesellschaft zu erreichen, mit räumlichen Ordnungsvorstellungen in der Regel weit über die Grenzen des bestehenden Deutschlands hinaus.<sup>32</sup> Einen systematischen, für lange historische Kontinuitätslinien nutzbaren Vorschlag haben, wie schon erwähnt, auch Laura Haßler und Dominik Rigoll in ihrem zweiteiligen Forschungsbericht 2021 und in diesem Band entwickelt.<sup>33</sup> Sie plädieren dafür, Nationalismus als analytischen Oberbegriff zu nutzen, und sprechen von der »deutschen Rechten« als übergeordnetem Klammerbegriff.<sup>34</sup> Für sie ist Nationalismus methodisch äquivalent zu Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus und als analytische Kategorie auch bis ins 19. Jahrhundert zurück zu verlängern. Daher ihr eindringliches Plädoyer, den Fokus für die Jahrzehnte nach 1945 auch auf den Nationalismus als politische Strömung zu richten, um »die Rechte« historisch und zeitgeschichtlich in ihrer Tiefe erfassen zu können. Sie unterscheiden partialen, integrierten und organisierten Nationalismus, um inhaltliche, personelle und institutionelle Verbindungen auch in konservative und nationalliberale Kreise aufzeigen zu können. Nationalismus als Analyse-kategorie zu nutzen, ermögliche zudem, die Verbreitung von Vorurteilsstrukturen wie Rassismus oder Antisemitismus weit über das rechte Milieu hinaus präziser einzugrenzen. Für historische Kontinuitätsdebatten ist dieser Vorschlag überaus anregend. Ob aber die Begriffe »integral-, plural- und/oder partialnationalistisch« Zuschreibungen wie rechtsextrem oder rechtspopulistisch ersetzen, hängt wahrscheinlich vor allem von der spezifischen Fragestellung ab.

Wir plädieren daher zunächst für eine Historisierung der jeweiligen Begriffe. Ulrike Löffler etwa kann in ihrem Beitrag zeigen, wie sich Ende der 1970er-Jahre für bildungspolitische Interventionen der Begriff »antifaschistische Bildungsarbeit« in pädagogischen Kreisen verbreitete, ohne dass damit ein Bezug auf den DDR-Antifaschismus im Vordergrund stand.<sup>35</sup> Es war eher ein Reflex auf die verbreitete Bezeichnung von Neofaschismus über die extrem rechten Gruppen und ihre Zunahme

31 Jens Rydgren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford 2018. Hier wird zwischen extremer Rechte und radikaler Rechte unterschieden, indem zu den Extremen alle Gruppen und Personen gerechnet werden, die eine Systemtransformation, also in der Regel die Abschaffung der Demokratie, befürworten, während demgegenüber die radikale Rechte durch die Idee gekennzeichnet sei, die Vertretung der »wahren Demokratie« zu sein. *Ders.*, *The Radical Right: An Introduction*, in: ebd., S. 1–14, hier: S. 2.

32 Botsch, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 2 f.

33 Rigoll/Haßler, *Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten*, Teil 1, sowie *dies.*, *Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten*. Teil 2: *Handlungen und Wirkungen*, in diesem Band.

34 Sie schließen damit an die Überlegungen von Gideon Botsch und Tamir Bar-On an: *Tamir Bar-On*, *The Radical Right and Nationalism*, in: Rydgren, *The Oxford Handbook of the Radical Right*, S. 17–41.

35 Vgl. den Beitrag von Ulrike Löffler in diesem Band.

in den 1970er-Jahren. Daher halten wir gesellschaftshistorische Kontextualisierungen von Begrifflichkeiten für notwendig, und zwar sowohl die von rechten Akteur:innen genutzten als auch die ihrer Gegner:innen. Dass das antisemitische Resentiment in den 1950er-Jahren auf mehr gesellschaftliche Resonanz stieß als in den 1990er-Jahren, ist grundsätzlich nicht überraschend. Auch halten wir eine politische Differenzkategorie, die in dem Begriff der extremen Rechten gesetzt wird, für sinnvoll. Dabei geht es nicht vorrangig um die juristische Frage der Verfassungsfeindschaft oder einer Extremismustheorie, die vor allem von einer negativen Definition über die Verfassungsfeindlichkeit ausgeht und eine demokratische Mitte als gegeben annimmt.<sup>36</sup> Vielmehr sind es die grundlegenden Differenzen zu den politischen Begründungen und Zielen. Die extreme Rechte zielt auf eine homogen und völkisch verstandene Nation, die den Ausschluss von als Nichtzugehörige bezeichneten Personen und Gruppen fordert. In modernen Einwanderungsgesellschaften ist dieses Ziel nur gewaltsam zu erreichen. Diese Bewegung versteht sich transnational nur im Sinne einer vermeintlich weißen Rasse. Der in den USA verbreitete Begriff der »White Supremacy« findet im europäischen Kontext bisher aber eher selten Verwendung, auch wenn gegenseitige Beeinflussungen unverkennbar sind.<sup>37</sup> Wesentliches Merkmal der extrem rechten Gruppen ist zudem die Ablehnung der allgemeinen Menschenrechte und des Grundrechtekatalogs des Grundgesetzes. Diese Ablehnung ergibt sich zwangsläufig aus dem Ziel der ethnischen Homogenität, ebenso die häufig befürwortete und ausgeübte Gewalt gegen die als einer imaginären Gemeinschaft nicht zugehörig definierten Personengruppen. Damit sind politische Differenzen umrissen, mit denen ein Akteursfeld von Organisationen, Netzwerken und Einzelpersonen erfasst werden kann, welches die existierenden politischen Institutionen entschieden ablehnt, für illegitim erachtet oder antidemokratisch transformieren will trotz vieler Verflechtungen auch in etablierte Parteien und Organisationen hinein.

## II. Die extreme Rechte in gesellschaftshistorischer Perspektive – erste Einblicke

Die Beiträge des vorliegenden Bandes stellen aus verschiedenen Richtungen erste Einblicke in das Feld der Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten in Deutschland dar. Dabei wird beispielsweise der Gewinn eines akteurszentrierten Ansatzes deutlich. Katharina Trittel stellt mit Hans-Michael Fiedler einen NPD-Multifunktionsnär der deutschen extremen Rechten seit den 1960er-Jahren vor, der mit seinen Netzwerken wie mit seiner systematischen »Nationalen Bildungsarbeit« vor allem die Gewinnung und Schulung von jungen Menschen betrieb. Auf der Grundlage von Nachlassstücken aus dem offenbar völlig vermüllten Haus des 2019 Verstorbenen rekonstruiert die Autorin nicht nur den politischen Lebensweg Fiedlers als Publizist und Aktivist der extremen Rechten, sondern auch seine Ideen zur Rekrutierungs-

36 Die unterschiedlichen Positionen darstellend: *Armin Pfahl-Traughber*, Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: *ders.* (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Brühl 2013, S. 31–55.

37 *Jeffrey Kaplan/Leonard Weinberg*, The Emergence of a Euro-American Radical Right, New Brunswick 1998.

und Bildungsarbeit. Damit liegen außergewöhnliche Quellen für eine Gesellschaftsgeschichte des Rechtsextremismus vor, denn bisher gibt es nur wenig (auto-)biografisches Material, das eine dichte Beschreibung rechtsextremer Rekrutierungsabsichten ermöglichen würde. Katharina Trittel verortet das Wirken Fiedlers aber zugleich in den »Transformationsphasen« der deutschen Rechten von den 1950er-Jahren bis in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, als Fiedler und seine Mitstreiter zumindest in Niedersachsen eine »Brückenfunktion zwischen der radikalen Rechten, dem Rechtskonservatismus und der sogenannten Neuen Rechten« einnahmen. Die Reichweite und Tiefenwirkung von Fiedlers Aktivitäten können zurzeit noch nicht abschließend bewertet werden, doch lässt sich etwa am Beispiel Holger Apfels, Bundesvorsitzender der NPD von 2011 bis 2013 und eng mit Fiedler verbunden, vermuten, dass sie nicht folgenlos geblieben sind.<sup>38</sup> Der akteurszentrierte Zugang ermöglicht hier Einblicke in konkrete Arbeitsfelder und Netzwerke; zugleich könnte in einer weiteren Perspektive der Wandel von politischen Einstellungen und Erwartungen rekonstruiert werden und im Vergleich mit anderen biografischen Beispielen eingeordnet werden.

Sebastian Lotto-Kusche wendet sich ausgehend von einem skurril anmutenden Ereignis, dem »Reichstag zu Flensburg« am 23. Mai 1975, Akteuren und Organisationen zu, die sich einem integralen Nationalismus zurechnen lassen: den Reichsbürgern. Sein historischer Blick auf den rechtsextremen Diskurs über das »Vierte Reich« seit dem Kriegsende 1945 offenbart eine lange Kontinuität des Denkens in nationalsozialistischen Begriffen wie »Volksgemeinschaft« und »Reichsbürger« in verschiedenen sozial und inhaltlich durchaus diversen Organisationen der extremen Rechten bis heute. Einzelne Personen, wie der Jurist Manfred Roeder oder der Landwirt Thies Christophersen, übernahmen innerhalb des Milieus Vermittlungs- und Sammlungsaufgaben, die in der Idee mündeten, im Mai 1975 eine Versammlung von »freien deutschen Reichsbürgern« in Flensburg einzuberufen, um eine »legitime« Regierung zu wählen. Auch hier zeigt sich wieder der Gewinn einer akteursorientierten Perspektive: Sebastian Lotto-Kusche weist auf die spezifischen Faktoren in Schleswig-Holstein beziehungsweise Flensburg hin, die erklären, warum die Sammlung rechtsextremer Personen und Gruppen dort eine besonders gute Basis fand. Der »Reichstag« wurde seitens der deutschen Behörden verboten und hat politisch keine Relevanz gezeigt, das Ereignis selbst war für die rechtsextreme Szene aber ein wichtiges Element der eigenen Sammlung und öffentlichen Darstellung. Reichsbürger sind somit Teil der langen Geschichte rechtsextremer Parteien und Milieus und keineswegs nur ein aktuelles Phänomen.<sup>39</sup>

Ein weiterer Zugang zur Gesellschaftsgeschichte ergibt sich aus der hohen Gewaltaffinität, die das extrem rechte Milieu kennzeichnet und die schon in der Weimarer Republik ein wesentlicher Bestandteil ihrer politischen Praxis war.<sup>40</sup> Das politische Ziel des Ausschlusses der vermeintlich Nichtzugehörigen zum deutschen Volk war und ist Teil einer häufig gewaltsamen und abwertenden Sprache und Ar-

38 Vgl. den Beitrag von Katharina Trittel in diesem Band.

39 Vgl. den Beitrag von Sebastian Lotto-Kusche in diesem Band.

40 Stefan Dierbach, Befunde und aktuelle Kontroversen im Problembereich der Kriminalität und Gewalt von rechts, in: *Virchow/Häusler/Langebach*, Handbuch Rechtsextremismus, S. 471–510.

gumentation.<sup>41</sup> Extrem rechte Gewaltpraxis war direkt nach dem Krieg zu beobachten und schwächte sich in den späten 1950er-Jahren aus politischen Überlegungen nur geringfügig ab. Eine Ausstellung in Nürnberg dokumentiert diese frühen Gewalttaten der Nachkriegszeit, in aktuellen Forschungsprojekten wird dieser Zeitraum ebenfalls untersucht.<sup>42</sup> Aber vor allem der Anstieg von Angriffen auf Migrant:innen und politische Gegner:innen seit den 1970er-Jahren unterstreicht die große Bedeutung von Gewaltpraktiken für das extrem rechte Milieu. Der lange von der Politik – und auch der Geschichtswissenschaft zur Bundesrepublik – eher nachlässig behandelte Rechtsterrorismus vor und nach der Wiedervereinigung ist in jüngerer Forschung nachgezeichnet worden, auch wenn in antifaschistischen Kreisen schon lange auf die vielen Fälle von Gewalt und Tötungen hingewiesen wurde.<sup>43</sup> Uffa Jensen hat in seinem Buch zum »antisemitischen Doppelmord« 1980 in Erlangen herausgearbeitet, dass weniger ein gezieltes Verheimlichen als vor allem »Ignoranz, [...] Desinteresse und [...] Empathielosigkeit« die Ermittlungen und gesellschaftlichen Reaktionen auf die Ermordung von Shlomo Lewin und Frida Poeschke im Dezember 1980 kennzeichneten, und dies viele Jahrzehnte lang und gegen eher vereinzelte Stimmen, die den rechtsterroristischen Hintergrund hervorhoben.<sup>44</sup>

Es ist vielfach gezeigt worden, dass es auch in der DDR rassistische Gewalt gab. Zwar konnte sich keine extrem rechte Organisation in der DDR etablieren; die »National-Demokratische Partei Deutschlands« war zuerst ein Angebot an nationale Kreise wie ehemalige Wehrmachtangehörige. Vollständig von der SED kontrolliert, standen sie als einheitssozialistischer Transmissionsriemen für nationale Positionen in der DDR.<sup>45</sup> Die extrem rechte Szene zeigte sich vor allem in Angriffen auf Vertragsarbeiter:innen, die seit den 1970er-Jahren vermehrt in der DDR lebten. Johannes Schütz zeichnet detailliert Gewaltereignisse im sächsischen Niesky in den Jahren 1987 und 1988 nach. Anhand von Akten der Überwachungsorgane kann er nicht nur die Ereignisabläufe rekonstruieren, sondern auch belegen, dass schon vor 1990 die Behörden rechtsextreme Gewalt vor allem als Reaktion auf Handlungen von Migrant:innen ansahen, die deshalb auch nach mehreren Auseinandersetzun-

41 So bereits das Nieland-Urteil von 1959, vgl. *Rainer Hering*, Der Fall ›Nieland‹ und sein Richter. Zur Kontinuität in der Hamburger Justiz zwischen ›Drittem Reich‹ und der Bundesrepublik, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 81, 1995, S. 207–222. Die Debatte um »Hate-Speech« hat vor allem mit der Verbreitung von sozialen Medien an Aktualität zugenommen.

42 *Immanuel Baumann* (Hrsg.), Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung. Far-right Terrorism. Conspiracy and Radicalization. 1945 until Today, Petersberg 2022. Im Forschungsprojekt »Hamburg Rechtsaußen. Rechtsextreme Gewalt- und Aktionsformen in, mit und gegen städtische Gesellschaft 1945 bis Anfang der 2000er Jahre« an der FZH werden Gewaltpraktiken ebenfalls in einem langen Zeitraum untersucht.

43 So die vielen Publikationen von antifaschistischen Journalist:innen, unter anderem *Andrea Röppe/Andreas Speit* (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013. Als neuere zeitgeschichtliche Forschung *Janosch Steuwer/Till Kössler*, Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er Jahre, Bonn 2023. *Barbara Manthe*, Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren. Die Kühnen-Schulte-Wegeener-Gruppe und der Bückeburger Prozess 1979, in: VfZ 68, 2020, S. 63–93.

44 *Uffa Jensen*, Ein antisemitischer Doppelmord. Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik, Berlin 2022, S. 19.

45 Vgl. dazu *Rigoll/Haßler*, Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten, Teil 2, in diesem Band.

gen aus der Stadt gebracht wurden. Für die rechtsextrem eingestellten Gewaltakteure bedeuteten diese staatlichen Maßnahmen eine Anerkennung und Stärkung, und zwar noch Jahre vor den Ereignissen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Schütz arbeitet die spezifischen DDR-Dimensionen der Ereignisse heraus. Zugleich analysiert er aber auch spezifisch soziale und situative Gewaltdynamiken sowie rassistische Deutungsmuster der Akteure, die nicht nur mit DDR-Spezifika zu erklären sind.<sup>46</sup> Es werden Handlungs- und Deutungsmuster rechtsextremer Akteure sichtbar, die nach der Wiedervereinigung weiter ihre Wirkungen gegenüber jenen Menschen zeigten, die als Nichtzugehörige definiert wurden.

Einige Texte in diesem Band befassen sich mit der Verschränkung von allgemeinen sozialen oder politischen Wandlungsprozessen und rechtsextremen Diskursen und Praktiken. Sebastian Bischoff zeichnet beispielsweise die argumentativen Strategien rechtsextremer und rechtskonservativer Kreise nach, mit denen auf die sogenannte Sexwelle um 1970 reagiert wurde – von einer amerikanischen Verschwörung, einem satanischen Vorgehen oder einer kommunistischen Zersetzungsstrategie wurde in den Kreisen gesprochen. Bischoff unterstreicht mit seiner Studie, dass die in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung als Teil der gesellschaftlichen Liberalisierung erzählten Entwicklungen eben auch entschiedene Abwehr und neue Bündnisse auf der rechten politischen Seite hervorbrachten, die Sexualitäten in ihrem Sinne zu politisieren versuchten.<sup>47</sup> Auch Sebastian Lotto-Kusche verweist auf Gegendiskurse von Rechtsextremen, im Falle der Reichsbürger auf den Widerstand gegen die Ostpolitik von Willy Brandt, da diese die »Reichseinheit« gefährde. Diese Eingebundenheit rechtsextremer Interventionen in allgemeine gesellschaftliche Diskurse zeigt auch Maik Tändler in seinem Beitrag über Franz Schönhuber. Dessen 1981 erschienene Autobiografie über seine Vergangenheit in der Waffen-SS führte zu einer großen Anzahl von Briefen an Schönhuber, in denen viele Verfasser:innen dem damals noch stellvertretenden Chefredakteur des Fernsehens des Bayerischen Rundfunks ihre Unterstützung versicherten. Schönhubers Angriffe auf eine angebliche Selbstkasteiung der bundesdeutschen Gesellschaft angesichts der NS-Verbrechen war für einige Verfasser:innen Anlass, über ihr eigenes Erleben oder das ihrer Angehörigen zu schreiben. Noch vor Gründung der Partei »Die Republikaner« bot die Schrift Schönhuber so bereits einen Resonanzraum an, um Emotionen über die Demütigung der eigenen Biografie ausdrücken zu können.<sup>48</sup> Hier lässt sich erkennen, dass in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft eine Kränkung vorhanden war, die nach einem politischen Ventil suchte. Dieses Phänomen analysiert auch Massimiliano Livi im größeren Kontext des politischen Wandels in Italien. Hier zeigte sich Mitte der 1990er-Jahre ein Wahrnehmungswandel in der Öffentlichkeit, als erstmals mit der Regierungsbeteiligung der »Alleanza Nazionale« (AN) eine deutliche extrem rechte Einstellung in weiten Kreisen der italienischen Gesellschaft politisch wirkmächtig wurde. Der Legitimationsverlust der demokratischen Parteien lag – so Livi – schon länger im Trend, da sich bereits Jahre zuvor Teile der italienischen Gesellschaft von den Gründungsparadigmen der ersten Republik gelöst

46 Vgl. den Beitrag von Johannes Schütz in diesem Band.

47 Vgl. den Beitrag von Sebastian Bischoff in diesem Band.

48 Vgl. den Beitrag von Maik Tändler in diesem Band.

hatten. Sie fühlten sich nicht länger dem Antifaschismus verpflichtet und sahen auch keine Veranlassung, die Geschichte des italienischen Faschismus kritisch aufzuarbeiten. War eine entsprechende rechte, eher untergründige Stimmung lange Zeit von der konservativen »Democrazia Cristiana« (DC) aufgefangen worden, so lösten sich deren Trägerinnen und Träger in ökonomischen wie politischen Krisen von dieser Partei und radikalisierten sich seit den 1980er-Jahren immer stärker. Die systemische Revolution in Italien ließ das seit 1945 etablierte Parteiensystem nachhaltig erodieren und förderte die Bildung und die Wahlerfolge von populistischen und extrem rechten Parteien, die nun von der »schweigenden Mehrheit« in die Regierungsverantwortung gewählt wurden.<sup>49</sup>

Schließlich gehören zu einer gesellschaftshistorischen Perspektive auch die Reaktionen auf Rechtsextreme, deren Bandbreite vom direkten Widerstand gegen ihr Agieren über politisch-juristische Interventionen bis hin zu wissenschaftlichen Analysen reicht. So nimmt Moritz Fischer noch einmal die Republikaner als Untersuchungsgegenstand auf, um dann aber nach den Gegenstrategien der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft zu fragen. Ausgehend vom Wahlerfolg in Berlin 1989 fragt Fischer, ob sich dabei paradigmatische Umgangsweisen mit rechten Parteien erkennen lassen. Diese sieht er zum einen in sozialwissenschaftlichen Analysen, die stärker auf sozialpsychologische Erklärungen zielen und eher Pädagogik als Lösung betrachten. Innerhalb der politischen Parteien seien stärker die Sorgen der vermeintlichen Modernisierungsverlierer:innen im Vordergrund gestanden, wie sich insbesondere bei der bald restriktiven Asylpolitik zeigte. Zivilgesellschaftlich gehörten teils auch militante Gegendemonstrationen zum Reaktionsrepertoire. Insgesamt sieht Fischer daher ein »Othering«, bei dem die extrem rechten Parteien als das undemokratische »Andere« verstanden wurden, was zugleich das demokratische Selbstbild markierte.<sup>50</sup>

Ein bisher wenig untersuchtes Feld sind auch die diversen politischen Konflikte innerhalb einer Einwanderungsgesellschaft und welche Rolle diese für rechtsextreme Politik spielten. Die aus den Herkunftsländern stammenden Konflikte wurden auch in der Bundesrepublik ausgetragen, wie Fabian Virchow für die Bombenanschläge der kroatischen nationalistischen Gruppen in den 1960er- und 1970er-Jahren gezeigt hat.<sup>51</sup> Caner Tekin greift in diesem Band die Konflikte um die türkische Organisation der »Grauen Wölfe« in den 1970er-Jahren auf, die von der türkischen »Partei der Nationalistischen Bewegung« (MHP) im Ausland gegründet wurde. Die »Grauen Wölfe« etablierten, auch mithilfe konservativer CDU-Mitglieder, in den 1970er-Jahren ein verzweigtes Netz von Organisationen. Linke türkische Gruppen mobilisierten regelmäßig gegen Treffen und Veranstaltungen der türkischen Nationalisten und suchten die Unterstützung vor allem durch die Gewerkschaften. Sie versuchten, auf Verbindungen zwischen NPD und »Grauen Wölfen« hinzuweisen, um Kampagnen gegen rechtsextreme Gruppen auch um die türkische Dimension zu erweitern. Tekin verdeutlicht so, dass eine Gesellschaftsgeschichte der extremen

49 Vgl. den Beitrag von Massimiliano Livi in diesem Band.

50 Vgl. den Beitrag von Moritz Fischer in diesem Band.

51 Fabian Virchow, Exilkroatische Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland als transnationaler Rechtsterrorismus, in: Hendrik Puls/Fabian Virchow (Hrsg.), Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2023, S. 181–206.

Rechten auch eine migrantische Seite hat.<sup>52</sup> Hier kann zukünftige Forschung anknüpfen, zum Beispiel in den Blick nehmen, wie die deutsche und migrantische extreme Rechte zusammenarbeiteten und welche Auswirkungen die politischen Polarisierungen in den migrantischen Communities hatten.

Am Beispiel der Reaktionen beziehungsweise der aktiven Bekämpfung des Rechtsextremismus können auch Praktiken in den Blick genommen werden, die die Sagbarkeitsregeln verändern. Dabei geht es nicht allein um antifaschistische Gruppen, für deren Wirken bisher nur historiografisch unbefriedigende Darstellungen vorliegen.<sup>53</sup> Ulrike Löffler ermöglicht mit ihrem Beitrag einen Einblick in Praktiken und Begründungen der Bildungsarbeit um 1980, die auf das Erstarken rechtsextremer Gruppierungen und der sogenannten Hitler-Welle reagierten.<sup>54</sup> Yves Müller untersucht in einer biografischen Skizze das Wirken des jüdischen KZ-Überlebenden Kurt Hirsch, der seit den 1960er-Jahren aus München mit einem Verlag publizistisch gegen die extreme Rechte arbeitete. Vor allem ging es ihm um die Schaffung von Öffentlichkeit: Mit dem »Pressedienst Demokratische Initiative« versuchte er, Publizist:innen und Intellektuelle für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, mit dem »blick nach rechts« gab er in den 1980er-Jahren eine der wichtigen Publikationen im antifaschistischen Umfeld heraus. Dabei arbeitete er vor allem mit der SPD zusammen. Zugleich erfuhr er Rückschläge, weil Finanzierungen wegfielen oder der Unterstützerkreis schrumpfte.<sup>55</sup> Die Wirkungen dieser Widerstands- und Aufklärungsaktivitäten zu ermessen, ist nicht leicht. Sie bestanden und bestehen vielleicht immer noch vor allem darin, empirisches Wissen so aufzubereiten, dass es in öffentlichen Medien verbreitet werden kann, um gesellschaftliche Lernprozesse anzuregen.

Eine institutionelle Reaktion untersucht Stefan Zeppenfeld mit den Diskussionen innerhalb der Polizei und der Innenministerien über die Aufnahme von Nicht-Deutschen in den Polizeidienst. Diese war 1979 mit einem ersten Pilotprojekt in Westberlin begonnen worden, aber erst in den 1990er-Jahren wurde es vermehrt ausprobiert. Die »Diversifizierung« der Sicherheitsorgane ist sogar erst 2013 von den Innenministerien zur Leitlinie erhoben worden. Daher zeigt laut Zeppenfeld diese Fallstudie eher die »Gegenperspektive« einer Gesellschaftsgeschichte des Rechtsextremismus, »die einer Trägheit von staatlich-institutionellen und politischen Akteur\*innen sowie ungehörter Partizipationsansprüche marginalisierter Betroffengruppen«.<sup>56</sup>

### III. Andere Perspektiven und offene Fragen

Die Beiträge dieses Bandes verdeutlichen, dass eine Gesellschaftsgeschichte des Rechtsextremismus erst im Entstehen begriffen ist. Rechtsextreme Milieus, ihre Ein-

52 Vgl. den Beitrag von Caner Tekin in diesem Band.

53 *Richard Rohmoser*, Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022.

54 Vgl. den Beitrag von Ulrike Löffler in diesem Band.

55 Vgl. den Beitrag von Yves Müller in diesem Band.

56 Vgl. den Beitrag von Stefan Zeppenfeld in diesem Band.



stellungen und Vorurteilsstrukturen sind zwar durch die politik- und sozialwissenschaftliche Literatur wie auch von antifaschistischen Rechercheuren gut ausgeleuchtet und werden durch Beiträge dieses Bandes vertieft analysiert. Dennoch sind viele Aspekte allenfalls angerissen oder angedeutet, sodass auch weiterhin nach neuen Quellen zu suchen ist. Es wäre für die historische Forschung von größter Bedeutung, verstärkt mit internen Materialien rechtsextremer Akteure arbeiten zu können, über bisher publizierte Quellen hinaus. Katharina Trittel konnte den Nutzen eines solchen Vorgehens anhand des Nachlasses eines NPD-Funktionärs aufzeigen. Eine Tagung der »International Association of Labour History Institutions« (IALHI) hat zum Teil spannende Hinweise auf Eigenbestände rechtsextremer Akteure geliefert<sup>57</sup>, etwa auf den Bestand Bela Althans', eines Aussteigers aus der deutschen rechtsextremen Szene, im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. Ein weiteres Beispiel bietet der rechte Populist James Schwarzenbach, dessen Unterlagen im Schweizerischen Sozialarchiv Aufschlüsse über die Organisation der rechten Szene der Schweiz und darüber hinaus bieten könnten. Diese und andere private Unterlagen könnten ermöglichen, die Selbstverständigungen der Rechtsextremen und ihre Anpassungen präziser zu erfassen. Ebenso sind Unterlagen von investigativ arbeitenden Journalist:innen ertragreich. Das Material des Journalisten Anton Maegerle bildet bezeichnenderweise den Basisbestand für das im Aufbau befindliche digitale Archiv, das an der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv Baden-Württemberg angesiedelt ist.<sup>58</sup>

Wichtig wäre zudem, die zivilgesellschaftlichen Reaktionen noch mehr in ihrer Breite systematisch in den Blick zu nehmen. Gerade in diesem Zusammenhang wären auch mehr Studien über Organisation und Praktiken notwendig. Dabei bleibt »die Antifa« ein wichtiger Akteur, gerade in ihrer eher fluiden Struktur und hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung, die sich nicht auf die bislang meist in den Vordergrund gestellte Militanz beschränkt. Offen bleibt damit zum Beispiel, ob gewaltsame Auseinandersetzungen einen Teil der Einhegung rechtsextremer Gewalt bildeten oder sie eher befeuerten.

Darüber hinaus ist die gesellschaftliche Breite von kirchlichen, gewerkschaftlichen, migrantischen und parteigebundenen Gruppen, die Kampagnen gegen rechts aufbauten und mittrugen, noch so gut wie gar nicht erkundet. Daraus ergeben sich große Leerstellen für eine Gesellschaftsgeschichte des Rechtsextremismus, die das gesellschaftliche Gegen- und Miteinander von politischen Bewegungen analysieren will. Ein Anfang dazu liegt vor mit den vorhandenen Studien zu einzelnen Organisationen oder Personen des rechtsextremen Feldes. Weitere Forschungen sollten ausdrücklich gesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus mit historischen Erscheinungsformen und Wandlungen dieses Feldes in Beziehung setzen. Da-

---

57 Die 52. Konferenz der IALHI widmete sich unter dem Titel »The struggle against right-wing populist/radical and extreme right-wing movements« der Frage nach Archivalien zum Rechtsradikalismus und -extremismus in den Archiven der Arbeiterbewegung. Vgl. den Tagungsbericht von *Andreas Marquet*, in: *H-Soz-Kult*, 9.12.2022, URL: <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-131797](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-131797)> [8.8.2023].

58 Informativ dazu: Warum der Bund ein Archiv zum Rechtsterrorismus plant, in: *Deutschlandfunk*, 22.5.2023, URL: <<https://www.deutschlandfunk.de/rechter-terror-onlinearchiv-100.html>> [8.8.2023].

zu wäre es außerdem wünschenswert, mehr über die soziale Basis von rechtsextremen Bewegungen und die ihrer Widersacher:innen zu wissen, wie es Massimiliano Livi in seinem Beitrag über Italien mit Blick auf den Rechtspopulismus entwickelt. Zur Begriffs- und Diskursgeschichte liegen Studien vor, ohne dass aber bereits genügend über Wandlungen und Brüche in diesem Bereich nachgedacht wird, nach wie vor ist die Forschung noch stark an eindeutigen Definitionen und Zuordnungen orientiert. Hinsichtlich einer Sozial- und Kulturgeschichte des Rechtsextremismus fehlen historisch fundierte Überlegungen zur Rolle von Geschlecht, Alter und anderen Differenzkategorien für und im rechtsextremen Milieu.

Schließlich ist auch festzuhalten, dass wichtige Aspekte oder Perspektiven in den vorliegenden Beiträgen angedeutet und entwickelt werden, aber nach wie vor nicht bearbeitet sind. Dazu gehören etwa ganz zentral die transnationalen Verbindungen rechtsextremer Organisationen, wobei der Europa-Gedanke dabei auch über den aktuell im Vordergrund stehenden »Euroskeptizismus«<sup>59</sup> eine wichtige Rolle spielt. Aber auch die Einflüsse und Wechselwirkungen zwischen den autokratischen Regimen in Griechenland, der Türkei oder Spanien und den in Deutschland agierenden Exilgruppen aus diesen Ländern sind ein lohnendes Thema.<sup>60</sup> Der vorliegende Band spiegelt die alles in allem noch stark nationalgeschichtlich ausgerichtete Perspektive in der Rechtsextremismusforschung auch insofern wider, als sich das Gros der Beiträge auf die deutsche Geschichte konzentriert und ein international vergleichender Blick hier nicht vorgenommen wird.

Auf dem Hintergrund der vielen offenen Fragen in diesem Feld stechen die Erkenntnisse zu einer Gesellschaftsgeschichte der deutschen extremen Rechten umso mehr hervor: Gezeigt werden nicht nur die Aktivitäten des Widerstands gegen rechts und die vielfältigen Formen der gesellschaftlichen Gegenrede. Aufgezeigt werden auch die langen Linien des politischen Kampfes gegen Demokratie und Gleichheit, die tiefe gesellschaftliche Verankerung rassistischen Denkens sowie die historisch wandelbaren Organisations- und Praxisformen der extremen Rechten. In ihrer Wirkung reichen die dabei in Augenschein genommenen historischen Prozesse und Dynamiken bis in die Gegenwart von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus heran – und helfen nicht zuletzt dabei, die Wahlerfolge der AfD im Jahr 2023 zu erklären.

---

59 Vgl. *Sofia Vasilopoulou*, The Radical Right and Euroscepticism, in: *Rydgren*, The Oxford Handbook of the Radical Right, S. 122–140, und *Manuela Caiani*, Radical Right Cross-National Links and International Cooperation, in: ebd., S. 394–411. Aus dem journalistischen Bereich: *Marlene Gürgen/Patricia Hecht/Nina Horaczek* u. a. (Hrsg.), Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus, Berlin 2019.

60 *Thomas Rammerstorfer*, Graue Wölfe. Türkische Rechtsextreme und ihr Einfluss in Deutschland und Europa, Wien 2018.